



ENTSCHLISSUNG Nr. 6) Sichere Arbeitsplätze

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

STELLT FEST,

dass sichere Beschäftigungsformen in Verbindung mit guten Arbeitsbedingungen, einer sicheren Arbeitsumgebung und bewährten Systemen der sozialen Absicherung im Krankheitsfall, bei Elternschaft und bei Arbeitslosigkeit sowie einer guten Altersversorgung Voraussetzungen für ein sicheres Lebensgefühl der Menschen sind; und er

STELLT FERNER FEST,

dass die Absicherung unserer Mitglieder von starken Kollektivvereinbarungen und Gewerkschaften sowie von IAO-Übereinkommen sowie einer nationalen Sozial-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik abhängt. Es gibt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Sicherheit und Beschäftigung.

Ein dynamischer Arbeitsmarkt erfordert Beschäftigungssicherheit und ist eine bewusste politische Offensivmaßnahme für eine soziale Entwicklung, die selbst wiederum die Grundlage für nachhaltiges Wachstum, eine hohe Produktivität und bessere Arbeitsbedingungen für unsere Mitglieder ist. Eine aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, eine Struktur- und Industriepolitik, die in Bildung und Forschung investiert und Innovationen und die Entwicklung der Sozialsysteme unterstützt, leistet einen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherheit und zu einem dynamischen Arbeitsmarkt.

Die Rechte unserer Mitglieder im Arbeitsleben beruhen auf den Arbeitsgesetzen, Kollektivvereinbarungen und einer gleichberechtigten Partnerschaft. Die Fähigkeit, den Strukturwandel sozial abzusichern oder Forderungen der Arbeitgeber nach einer schnellen Anpassung zu entsprechen, erfordert ebenfalls vernünftige Rahmenbedingungen, Bildung und Sozial- und Gewerkschaftsrechte. Als Gewerkschaftsorganisationen haben wir mit den Arbeitgebern eine gemeinsame Verantwortung, sichere Rahmenbedingungen für den Anpassungsprozess zu schaffen.

Nationale und internationale Gesetze und Verordnungen müssen darauf abzielen, Mitgliedern Sicherheit und Gewerkschaften weitreichenden Einfluss zu geben.

Die PSI-Mitgliedsorganisationen müssen mit ihrer Arbeit dafür sorgen, dass sich Gesetze und Kollektivvereinbarungen gegenseitig ergänzen und dass bessere Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden, die auf die Wirtschaftszweige und Verhältnisse in den jeweiligen Ländern abgestimmt sind. Die Arbeitsgesetze und Kollektivvereinbarungen müssen für beide Parteien rechtsverbindlich sein und Mitglieder in unterschiedlichen Situationen schützen. Das gegenseitige Vertrauen der Partner ist die Grundlage für eine gute Zusammenarbeit und führt zu besseren Bedingungen für die Mitglieder sowie zu einer langfristigen Perspektive, zu Stabilität und zu Flexibilität für den Arbeitgeber.

Kollektivvereinbarungen verteilen Risiken auf Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen, wenn es zu Wandlungsprozessen oder negativen wirtschaftlichen Entwicklungen kommt. Die Vereinbarungen schützen das einzelne Mitglied, wenn sich das Arbeitsleben oder auch das Privatleben verändert. Sie eröffnen die Möglichkeit einer hohen Beschäftigungsfähigkeit durch Ausbildung und Kompetenzentwicklung. Kollektivver-

einbarungen regeln ebenfalls die Vergütung bei Elternurlaub und ermöglichen es dem Mitglied, Arbeitsleben und Elternschaft miteinander zu verbinden.

STELLT FERNER FEST,

dass die Erbringer öffentlich finanzierter Dienstleistungen das Recht auf eine gute Arbeitsumgebung haben, gekennzeichnet durch sichere und gefahrlose Arbeitsplätze, eine zumutbare Arbeitsbelastung, ein gutes Management und ein Arbeitsklima ohne Belästigungen und Diskriminierungen. Niemand sollte an seinem Arbeitsplatz Gefahr laufen, körperlich oder psychisch zu erkranken.

STELLT FERNER FEST,

dass die globale Krise und wirtschaftliche Unwägbarkeiten als Vorwand für die fehlende Bereitschaft der Arbeitgeber genutzt werden, ArbeitnehmerInnen sichere Beschäftigungsverhältnisse anzubieten. In anderen Ländern wird erklärt, dass eine starke wirtschaftliche Entwicklung und ein kontinuierliches Wachstum unsichere Beschäftigungsformen erfordere. In zahlreichen Ländern weltweit gibt es deutlich mehr Frauen als Männer, die in zeitlich befristeten unsicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Welche Unterschiede es zwischen den Arbeitsbedingungen von Männern und Frauen gibt, wird an den Beschäftigungsformen ersichtlich.

Zeitlich auf Monate, Tage, Stunden oder eine Saison befristete Arbeitsverhältnisse sind im Hinblick auf Arbeitsrechte oder Beschäftigungsbedingungen nicht so sicher wie eine unbefristete Beschäftigung. Prekäre Arbeitsverhältnisse gibt es besonders bei jungen ArbeitnehmerInnen, Frauen und ArbeitsmigrantInnen, die folglich weniger gegen Diskriminierungen, schlechte Arbeitsumgebungen und Ausbeutung geschützt sind.

STELLT FERNER FEST,

dass der öffentliche Sektor und der Sozialstaat in Krisenzeiten besonders auf die Probe gestellt werden. Einschränkungen von Sozialleistungen bei rückläufigen Steuereinnahmen, Krisenbekämpfung durch Massenentlassungen und Personalabbau, die zu Hunderttausenden neuen Arbeitslosen führen, während es weiterhin einen großen Bedarf an Bildung, Gesundheitsversorgung und Sozialdienstleistungen gibt, sind keine politischen Maßnahmen, die zu Wachstum führen. Es ist wichtig, dass es bei der Dienstleistungserbringung regelmäßige Effizienzgewinne und Verbesserungen gibt. Es ist aber noch wichtiger, in Krisenzeiten einen großen und leistungsfähigen öffentlichen Sektor zu erhalten. Die probaten Mittel hierzu sind Bildungsinitiativen, Arbeitsmarktmaßnahmen und eine vernünftige Industriepolitik – teilweise zur Abschwächung der Auswirkungen der Krise, aber ebenfalls für eine schnellere wirtschaftliche Erholung nach der Krise.

Wirtschaftliche und soziale Sicherheit gehören zu den Grundvoraussetzungen für eine gute öffentliche Gesundheit. Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen einer guten öffentlichen Gesundheit und einer Gesellschaft, in der wirtschaftliche und soziale Sicherheit, gleiche Lebensbedingungen, Chancengleichheit und Gerechtigkeit die bestimmenden Faktoren sind. Die Entwicklung gemeinsamer Systeme der sozialen Sicherheit, die flexibel sind und auf den Bedingungen und Interessen der einzelnen Länder basieren, ist eine Voraussetzung, um dies zu erreichen.

STELLT FERNER FEST,

dass viele Länder weltweit keine ausreichenden Systeme der Altersversorgung haben oder überhaupt nicht über derartige Systeme verfügen.

Die Systeme der Altersversorgung müssen in fast allen Ländern reformiert und gestärkt werden. Diese Reformen der Rentensysteme bleiben für die absehbare Zukunft eine zentrale Aufgabe. Die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung besteht darin, aktiv an Diskussionen teilzunehmen und in jeder erdenklichen Weise dafür zu sorgen, dass Regierungen und politischen Entscheidungsträger gerechte Lösungen für ihre BürgerInnen finden. Eine Altersversorgung ist eine langfristige Verpflichtung. Die hierzu geschaffenen Systeme und die zur Altersversorgung abgeschlossenen Kollektivvereinbarungen müssen nachhaltig sein und über viele zukünftige Jahre funktionieren.

Damit wir die von uns erwartete Verantwortung übernehmen können, müssen wir unsere Zusammenarbeit und unseren länderübergreifenden Erfahrungsaustausch weiterentwickeln. Die PSI ist der Auffassung, dass Rentenanwartschaften geschlechtsneutral gestaltet werden müssen und dass die zukünftige wirtschaftliche Absicherung der Menschen nicht auf Spekulation basieren darf.

STELLT FERNER FEST,

dass das Recht auf einen existenzsichernden Lohn in vielen Ländern nicht dem Mindestlohn entspricht. In einem Fünftel der Länder der Welt liegt der Mindestlohn unterhalb der Armutsgrenze von 2 Dollar am Tag. Infolge der Wirtschaftskrise sind Forderungen nach Lohnkürzungen zu hören, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Es ist wichtig, sich in Krisenzeiten an den „Gewerkschaftseid“ bzw. an das Versprechen der ArbeitnehmerInnen zu erinnern, dass sie sich im Wettbewerb um Arbeitsplätze nicht auf geringere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen einlassen. Es ist offensichtlich, dass niedrigere Löhne nicht zu mehr Arbeitsplätzen und weniger Arbeitslosigkeit führen.

Wir brauchen im Gegenteil auf globaler und regionaler Ebene Fördermaßnahmen und eine Wirtschaftspolitik, die zu mehr Wachstum führt.

ERMAHNT DIE PSI,

der Genfer Charta für hochwertige öffentliche Dienste Vorrang zu geben und verstärkt nach den Vorgaben der Charta zu handeln.

ERMAHNT DIE MITGLIEDER,

1. sich an der Arbeit der PSI im Rahmen der Genfer Charta zu beteiligen und sie zu unterstützen und sie an nationale Gegebenheiten anzupassen;
2. An allen Fronten und unter Einsatz aller demokratischen Mittel für eine integrative Gesellschaft mit einem gut funktionierenden öffentlichen Sektor zu arbeiten, der frei von Korruption ist und der das uneingeschränkte Vertrauen der BürgerInnen hat;
3. Sich an einer ambitionierten Politik zu beteiligen, die die Arbeitslosigkeit durch eine kontinuierliche Kompetenzentwicklung der Beschäftigten im öffentlichen Sektor und den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft bekämpft und sich für das Gemeinwohl einsetzt;
4. Sich dafür einzusetzen, dass das Recht auf einen existenzsichernden Lohn gleichbedeutend ist mit dem Recht auf einen Mindestlohn oder Niedriglöhne für Vollzeitarbeit;
5. Sich im Rahmen von Kollektivvereinbarungen und politischer Einflussnahme für eine gute öffentliche Gesundheit und eine Gesellschaft einzusetzen, die durch wirtschaftliche und soziale Absicherung, gleiche Lebensbedingungen, Chancengleichheit und Gerechtigkeit gekennzeichnet ist;
6. Sich für mehr Solidarität zwischen ArbeitnehmerInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen und ArbeitnehmerInnen mit unbefristeten Verträgen einzusetzen;
7. Ihre Satzungen dahingehend zu ändern, dass sie auch ArbeitnehmerInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen gewerkschaftlich organisieren können;
8. Innergewerkschaftlich Beauftragte darin zu schulen, ArbeitnehmerInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen gewerkschaftlich zu organisieren.

Hier können alle [Kongressentschliefungen](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.